

Bregenzerwälder Zeitung

Mittwoch, 1. Juli 2015

Abhängige Zeitung des Kulturforums Bregenzerwald

Nr. 7, 4. Jg. 2015

unbezahlbare Gratisausgabe für den Wald

Wer ist für lokale Entwicklung da?

Ja, wir machen weiter mit unserer Bregenzerwälder Zeitung. Weil uns viele darauf angesprochen hatten, dass etwas Wichtiges fehlen würde, wenn es diese nicht mehr gäbe und – weil ich auch persönlich überzeugt wurde, weiter zu machen. Die Themen gehen nicht aus, die Schreiber werden hoffentlich mehr. Denn wir wollen mit dieser Zeitung auch die regionale Entwicklung kritisieren, anstoßen, fördern und unterstützen. Und das wiederum sollte ein Anliegen aller sein.

Da wir uns als Kulturforum Bregenzerwald für den ganzen Bregenzerwald interessieren und vielleicht auch „zuständig“ fühlen, war in der Vergangenheit oft die Regio Bregenzerwald Adressat unserer Ausführungen und nur punktuell Gemeinden oder Gemeindeteile, wie etwa Sulzberg-Thal, das wir als Musterbeispiel herausstrichen. Grundsätzlich werden wir diesem „Muster“ wohl treu bleiben und langfristig gesehen wird es auch gar nicht anders gehen als die Region als Gesamtes zu betrachten und zu entwickeln, auch wenn wir noch längst nicht bei den deutschen oder steiermärkischen Strukturreformen angelangt sind, wo Gemeindezusammenlegungen das Mittel der Wahl waren, aus verwaltungs- und entwicklungsökonomischen Gründen. Das sogenannte Kirchturndenken ist längst überholt und Regionalpolitik noch nicht wirklich angekommen. Das ist nicht nur dem Bregenzerwald und der Regio vorzuwerfen, sondern auch dem Land Vorarlberg, das hier bei weitem seinen Einfluss und seine (geldpolitische) Macht noch nobel zurückhält. So schnell will man denn keine/n Bürgermeister/in aus den eigenen Reihen „einbremsen“. Siehe Hofer-Markt in Alberschwende als krasses Gegenbeispiel zu „Kauf im Wold“ oder der BürgermeisterInneninitiative gegen die Messepark-erweiterung. Oder die stückweisen Verkehrslösungen wie Andelsbuch-Bühel oder die kolportierten Kreisverkehre in Müselbach und Egg.

Regio Bregenzerwald neu – eine Chance, die es zu nützen gilt.

Die Gemeindevertretungswahlen sind nun schon seit 3 Monaten Geschichte und nach dem Abgang von einigen BürgermeisterInnen, die in der Regio Funktionen innehatten, wurde mittlerweile auch die Regio ziemlich umgekrempelt, zumindest, was die handelnden Personen betrifft. Ein kurzes Interview mit dem neuen Geschäftsführer, Dr. Lukas Schrott, lesen Sie auf der letzten Seite dieser Zeitung. Wer die anderen Führungspositionen in der Regio einnehmen wird, war bis zum Druck noch nicht klar, wurde aber geplantermaßen am 26. Juni in einer konstituierenden Sitzung geklärt. Am 8. Juni waren deshalb noch die „alten Namen“ auf der Homepage zu finden. Inklusiv der Geschäftsführerin, die schon nicht mehr im Amt war. Der neue Geschäftsführer wurde noch nicht angeführt, obwohl er schon fast 2 Monate in Beschäftigung stand. Welche BürgermeisterInnen dann welches Amt bekleiden werden, wird für die Arbeit der Regio nicht ohne Bedeutung sein. Wir sind gespannt.

Die Gemeinde Egg als Musterfall für Entwicklung

Geplant war für diese Ausgabe der Schwerpunkt „Egg“ und seine Entwicklung. Im Zentrum wäre die Zentrumsverbauung und die Zentrumsgestaltung gestanden. Durchaus auch deshalb, weil es eine Petition unter Wolfgang Troy an die Gemeinde gegeben hat, die der Gemeinde Versäumnisse vorwirft. Jetzt wollen wir aber nicht einfach unseren „Senf“ dazu abgeben, sondern die Öffentlichkeit informieren. Dazu fragte ich bei der BGMin Theresia Handler um einen Termin an. Den gab es zwar nicht, aber in einem längeren Telefongespräch hat mir Theresia Handler versprochen, dass es mit höchster Wahrscheinlichkeit noch vor den Schulferien dazu eine Information an die Bevölkerung geben wird und es möglicherweise nicht ziel-führend sei, wenn zwei Infos gleichzeitig an die Öffentlichkeit kommen. Da hat sie möglicherweise Recht und wir räumen der Gemeinde gerne das Vorrecht ein, hier fundiert zu informieren und sich den Fragen der BürgerInnen zu stellen. Sonst werden wir wieder „Druck“ machen, denn eines muss heute allen klar sein, Gemeindeentwicklung an der Bevölkerung vorbei kann nicht einem modernen Politikverständnis dienen. Und ein Bau eines eher städtischen Gebäudes mitten in Egg mit fünf oberirdischen Geschoßen und dem dazu gehörenden Raumangebot ist keine Kleinigkeit und will gut und breit bedacht werden. Die verkehrstechnische Umgestaltung des Zentrums Egg geht sowieso über die Interessen einer einzelnen Gemeinde weit hinaus und verlangt nach einer regionalen Einbindung, planerisch und demokratisch.

Lokale und regionale Entwicklung in einem globalen Umfeld

Das betrifft nun auch den angedachten Kreisverkehr in Müselbach. Es ist richtig, wenn man als erstes mit den unmittelbaren Anrainern oder „Geplagten“ die Kommunikation sucht und führt. Aber es ist nicht richtig, wenn man das größere Umfeld nicht einbezieht, und das ist immerhin eine bedeutende Landesstraße, die auch von dieser Seite finanziell wohl zum größten Teil finanziert werden wird.

Ich habe dazu auch den Alberschwender „Verkehrs-Gemeinderat“ und ehemaligen Vize-BGM Helmut Muxel angesprochen. Einerseits war er überrascht, dass ich das überhaupt weiß und zum zweiten fragte er mich, ob ich ihm sagen könne, was man denn tun solle, damit es nicht immer solche

Gerüchte geben würde. Eine offene Informationspolitik machen, war meine Antwort.

Jede lokale Maßnahme und Entwicklung hat Auswirkungen auf das gesamte System, das sollte heute allen klar sein. Deshalb war es falsch, als beim Achrain-Tunnel die Gemeinde Alberschwende einerseits außen vor gehalten wurde, und zum anderen sich nicht stärker in diesen Prozess hinein reklamierte. Dass eine schnellere Autobahnanbindung für Alberschwende Mehrverkehr bedeutet, war allen klar. Dass auch eine Riedstraße mit Anbindung an das Schweizer hochrangige Straßennetz für den Bregenzerwald, und vor allem wieder für die vorderen Gemeinden, eine entsprechende Mehrbelastung bringt, sollte auch klar sein, wird aber geflissent-lich ausgeklammert. Klar, es hat alles zwei Seiten. Von dieser Anbindung sollte der Tourismus und der Handel im Bregenzerwald profitieren, je höher der Franken notiert, desto mehr. Aber verschweigen sollte man es nicht und auf die übergeordneten Ziele ehrlich und offen hinweisen. Für mich war immer offensichtlich, dass erst der Verkehr in Alberschwende weiter „gestärkt“ wird und dann kann man die Umfahrung schon „durchbringen“. Zum wiederhol-ten Male verlange ich auch vom Land und vom zuständigen Landesrat eine klare und offene Stellungnahme, was „sie“ denn als Planer und Zahler wollen. Denn dass all' diese Maßnahmen dann auch auf Müselbach und Egg einen massiven Einfluss haben werden, liegt auf der Hand. Egal, was im Egger Zentrum jetzt realisiert wird, Kreisverkehr oder „shared-space-Projekt“ wie in Wolfurt, oder eine Kombination aus beiden, es wird über kurz oder lang auch in Egg eine andere, größere Lösung für das Verkehrsproblem brauchen – sprich Umfahrung wie in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts ange-dacht. Oder es gibt die Entscheidung, „Verkehrsschleusen“ nicht zu öffnen, die Pendler nicht „schneller“ zu machen, die touristische Entwicklung nicht schneller zu machen und eine andere Strategie für eine wirtschaftliche – vor allem touristische und handelsstrukturelle – Entwicklung zu entwerfen. Die wäre möglicherweise „grüner“, „nachhaltiger“, „entschleunigter“. Alles Punkte, wie sie in einem Zielekatalog von landwirtschaftlicher und touristi-scher Strategie kommuniziert werden. Aber schön langsam muss man wohl den Eindruck gewinnen, dass es keine klare Strategie gibt und die „Entwickler“ auf die eierlegende Wollmilchsau setzen. Ohne jetzt sagen zu können, was das richtige ist, weiß ich, dass es diese eierlegende Wollmilchsau nicht gibt. Was aber für jede regionale Entwicklung notwendig ist, ist die Erarbeitung von relevanten Parametern und die müssen bei aller Unsicherheit nicht nur mitbedacht werden, sondern auch mitdiskutiert wer-den. Und zwar mit der Bevölkerung, denn letztlich macht sie es aus, ob Regionalstrategien aufgehen oder eben nicht. Deshalb kommt in dieser Zeitung auch eine ganz junge Autorin mit ihrer Sicht der Zukunft zum Aus-“Druck“. Eine jüngere Frau hat mir in diesem Zusammenhang einmal erklärt, sie habe es schon satt, wenn immer grauhaarige, alte Männer über die Zukunftsentwicklung reden, statt die „Jungen“. Beides braucht es, junge, offene, anders Denkende und die älteren, erfahrenen, meinetwegen auch „abkläreren“ Älteren. Aber man muss Foren schaffen um diese zusammen zu bringen, man muss neue Wege beschreiten, damit sich auch die ersteren adäquat und ihren Kommunikationsmethoden entsprechend artikulieren und sich einbringen. Instrumente dazu gibt es genügend, einführen und anwen-den muss man sie. Und das darf man doch wohl einfordern. Aber die „Jungen“ sollen sich auch von sich aus einbringen, in ihren Denk- und Kommunikationsstilen die Vernetzung und die Mitsprache sichern. Es gibt in einer Demokratie immer beides, die Bring- und die Holschuld. kb

Warten oder einfach tun?

Klar, es gibt immer andere, die es tun sollen oder müssen oder müs-sen. Darüber lässt sich trefflich jam-mern – nur nützen tut es mei-

stens nichts. Dann kann man/frau aber auch den Weg durch die Instanzen suchen und möglicherweise gehen. Geht aber nicht immer. Entweder hätte man diesen Weg schon längst angehen müssen, etwa wie LH Markus Wallner als Student in der Studentenvertretung, oder man schafft es nicht, immer genügend angepasst oder unterwürfig zu sein und verschwindet bevor man rich-tig sichtbar geworden ist. Querein-

steiger, wie NR Harald Walser, sind Chance und Risiko zugleich und das Risiko klingt meistens dramati-scher als die Chance hoff-

nungsvoll. Oder gleich etwas Neues gründen, wie der Felder-Nachfahre Matthias Strolz, das ver-langt dann nach noch mehr Mut, Energie, aber auch viel Risiko-bereitschaft. Auch nicht jeder-manns/jederfraus Sache.

Warten ist aber langweilig und macht meistens keinen Spaß. Dann doch lieber manchmal einfach tun. Kleine Nadelstiche sind nicht wirklich verletzend, können aber auch einen schweren Bullen aufscheuchen.

Historische Korrekturen

Man kann zum Leiter des Vorarlberger Archives stehen, wie man will, aber die Erkenntnisse, die er in seinem Sammelband „Vorarlberg und darüber hinaus“ in 41 Vorträgen zu Geschichte und Gegenwart vorgelegt hat, sind auch für den Bregenzwald ein Anlass, sich mit der eigenen Geschichte noch einmal neu zu befassen. Peter Fink aus Bezau hat eine solche „neue Geschichte des Bregenzwaldes“ in einem Forum zur neuen Leaderperiode klar angeregt und wir haben mit dem Bregenzwald-Archiv eine Institution mit einer hervorragend besetzten Historikerin, die das leisten könnte. Und das wäre dringend nötig.

Denn gleich zu Beginn des Bandes geht es um die Landesgeschichtsschreibung und um Benedikt Bilgeri. Ganz nüchtern werde dieser den ihr zustehenden Platz zugewiesen, schrieb Markus Barnay in einem Artikel für die „Kultur“.

Als „ein spätes, ethnozentrisches Beispiel ‚monumentalistischer‘ Geschichtsbetrachtung im Sinne Nietzsches, das schon bei seinem Erscheinen „ein historischer Anachronismus war“. Noch immer gebe es erhebliche Defizite in der Vorarlberger Geschichtsforschung. So bezeichnet Niederstätter die Arbeit des Auer Historikers Mathias Moosbrugger als „bahnbrechend“ und lobt die Kritik Moosbruggers an einem anderen Mythos im Bregenzwald, dem auch Franz Michael Felder ein Stück weit erlegen war: der ach so demokratisch erstrittenen Wälder Republik. „Die Delegation von Herrschaftsrechten wurde somit nicht von den Untertanen ertrotzt, sondern in Verfolgung landesherrlicher wie gemeindlicher Interessen kooperativ entwickelt.“ „Dabei zeigt sich, dass die an der Kommunalisierung interessierten regionalen Eliten und die Obrigkeit bei der institutionellen Verfestigung einer homogenen Gerichtsgenossenschaft am selben Strang zogen.“

Auch wenn Niederstätter betont, dass ein historischer Befund immer nur ein vorläufiger sein kann, widerlegt er „liebgewonnene Geschichtsbilder“ wie jenes der Bayernherrschaft. „Dass Österreich fast alles, was die Bayern zwischen 1806 und 1814 eingeführt hatten, beibehielt, machte das Westende der Donaumonarchie für mehr als ein halbes Jahrhundert zu ihrem weitaus modernsten Teil.“ Da lobe uns noch einer den Krumbacher Weiberaufstand.

ISBN 978-3-7030-0863-4

Impressum:
Bregenzwälder Zeitung,
Redaktion: Kurt Bereuter,
Vorholz 263, 6861 Alberschwende
Druck: Thurnher Druckerei,
Grundweg 4, Rankweil/A
Briefe an die Herausgeber:
Kulturforum Bregenzwald
Vorholz 263, 6861 Alberschwende
www.kufobregenzwald.at

Menschen auf der Flucht

Kurt Bereuter

Vor gar nicht allzu langer Zeit hat es die Gemeinde Alberschwende geschafft, in überregionalen Medien Beachtung zu finden. Zuerst ganz positiv, eine Gemeinde steht zu ihren Flüchtlingen, dann negativ, durch den „Anschlag“ auf das Flüchtlingsheim. Und dann kam es zum „Kirchenasyll“ mit Pfarrer Peter Mathei an der Spitze.

Zweimal sind Medien an mich herangetreten in dieser Sache etwas zu sagen, bzw. zu schreiben. Beide Male habe ich abgelehnt, mit dem Hinweis, dass ich mich nicht in der Lage sehe, in dieser Thematik lokal fundiert und auch konstruktiv etwas beizusteuern. Beschäftigt hat es mich aber, und beschäftigen tun wir uns wohl alle mit dem Thema, der eine mehr, der andere weniger. Aber auch sehr selektiv, was heißen will, es sucht sich ein jeder die Medien, die Kommentare, die wohl am ehesten seiner Überzeugung entsprechen, um seine eigene, vorgefasste Meinung zu untermauern. Und das ist dann wohl auch schon das Problem, weil es dadurch nicht zu einer differenzierten Auseinandersetzung kommt, die dem Thema gerechter werden könnte als die Schwarz-Weiß-Malerei, hier die Guten, hier die Bösen. Je nach „Meinung“ findet sich der eine mal hier, mal dort.

Wenn man sich aber vor Augen hält, dass laut UN-Hochkommissar 60 Millionen Menschen auf der Flucht seien und sich die Lage nicht so schnell entspannen werde, dann muss man sich diesem Thema spätestens jetzt eindringlich widmen. Dass die Flüchtlingsströme zu uns zunehmen werden, war ja schon längst klar. Nicht nur wegen der mehr oder weniger voraussehbaren Kriege, sondern vor allem wegen der ökonomischen und klimatischen Veränderungen in weiten Teilen Afrikas. Auch wenn wir es jetzt (noch) verstärkt mit Flüchtlingen aus Kriegsgebieten zu tun haben, wir werden für das Flüchtlingswesen Antworten brauchen, ob es sich um Kriegs-, Klima- oder Wirtschaftsflüchtlinge handelt, denn oft ist nicht einmal die Zuordnung so leicht zu treffen.

Aber zurück zu Alberschwende und den syrischen Flüchtlingen, für die sich eine Initiative namens „Wir sind Asyl“ stark machte. Eine Abschiebung von sog. Dublinflüchtlingen nach Ungarn sollte mit allen Mitteln verhindert werden, weil

die Behandlung von Flüchtlingen im Ungarn von Orban nicht einer humanen, den Menschenrechten verpflichteten, Weise entsprechen. Tatsächlich gibt es entsprechende Berichte dazu. Was aber wiederum zeigt, in welchem erbärmlichen Zustand sich die Europäische Union in dieser Frage befindet, nicht nur in der Frage, wie die Flüchtlinge in Europa verteilt werden, damit die Mittelmeeranrainerstaaten nicht überfordert werden, was sie allerdings schon sind.

Der UN-Hochkommissar nennt aber auch die Schuldigen an den Kriegen und an der daraus resultierenden Flüchtlingsmisere: die Politiker und Warlords in den Kriegsgebieten, aber auch die internationale Gemeinschaft, die völlig unfähig sei, zusammen zu arbeiten, um die Kriege zu stoppen, Frieden zu schaffen und zu bewahren. So auch in Syrien. Und in einem Punkt sind sich alle einig, auch die „Linken“: Der IS (Islamischer Staat) muss auch militärisch bekämpft und zerschlagen werden. Fragt sich nur, wer und wie? Die Amis?, die EU?, die arabischen Staaten, die...

Wenn man bedenkt, dass Österreich vor gut zwei Jahren die Wehrpflicht (freilich mit Ersatzdienstleistungsmöglichkeit) erneut per Volksabstimmung beschlossen hat, es sich bei den Flüchtlingen um 80 % Männer handelt, für die sehr viel Geld der Familien für die Schlepper aufgeht, und diese ihre Familien im Krieg zurücklassen, ist auch hier die Frage zu stellen, wer soll den IS bekämpfen? Und wenn dazu noch ein Flüchtling zitiert wird, er wolle auf keiner Seite kämpfen, „wir sind alle Brüder“, klingt das zwar religiös, aber nicht pragmatisch angemessen. Vor „IS-Brüdern“ graut mir, auch wenn sie als Flüchtlinge kommen.

Übrigens wollten wir eine Podiumsdiskussion in Alberschwende mit Landeshauptmann Wallner machen, mit einem Flüchtling, einem Vertreter von „Wir sind Asyl“ und einem FPÖ-Vertreter. Wallner hat ausrichten lassen, „das will er nicht machen.“ Schade, denn vernünftige Diskussionen sind das Öl im Getriebe einer Demokratie, auch in schwierigen Fragen. Ehrliche, mutige, wohlgedachte und den Menschenrechten verpflichtete Antworten dürfen wir uns von unseren Politikern schon erwarten, nicht nur auf EU-Ebene.

Ein demokratischer „Putsch“

Kurt Bereuter

Laut eigenen Aussagen hat sich Hittisau Alt-BGM Klaus Schwarz als Bürgermeister einer Direktwahl verschlossen, weil er wollte, dass die Gemeindevertreter mehrheitlich hinter dem Bürgermeister stehen. Dieses Anliegen ist ihm erfüllt worden, freilich nicht mit ihm als Bürgermeister.

Ohne Zweifel hätte es einen eleganteren Weg gegeben, um in Hittisau einen neuen Bürgermeister zu bekommen, aber ohne Zweifel ist das Wort „Putsch“ hier nicht angebracht, wie es in den Vorarlberger Nachrichten gebraucht wurde. Denn Putsch bezeichnet in aller Regel einen überraschenden, meist gewaltsamen Weg, eine Regierung zu stürzen und anschließend wiederum meist autoritär zu regieren. Das war und ist hier nicht der Fall. Es wurde nicht einmal die „Regierung“ gestürzt, sondern es wurde ein anderer als Bürgermeister gewählt, als der, der auf der Einheitsliste an erster Stelle stand, und das ist auch gelebte Demokratie und zwar ohne „Verhöhnung“ des BürgerInnenwillens. Denn die hat nun einmal die Gemeindevertretung gewählt und nicht den Bürgermeister. Dass dieser die meisten Vorzugsstimmen als amtierender Bürgermeister an der Listenspitze erhielt, ist nicht überraschend und heißt aber auch nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihn deshalb gewählt hat. Sonst hätte er sich ja der Direktwahl stellen und auf dieses Votum bauen können. Aber auch er wusste um die Kritik an seiner Amtsführung und besonders an seiner zeitintensiven und ideologischen Kammerratstätigkeit.

Dass diese gewählte Vorgehensweise es dem neuen Bürgermeister nicht besonders leicht macht, liegt auf der Hand. Aber auch die gewählten GemeindevertreterInnen haben es sich nicht leicht gemacht und deshalb werden sie aufgefordert sein, den Weg des Dialoges und der Kommunikation mit allen Bevölkerungsteilen aufzunehmen und erfolgreich zu gestalten. Der neue Bürgermeister bringt ja dank seiner früheren Tätigkeit als Gemeindegemeindefunktionär hier durchaus Erfahrung mit und das gilt auch für die erfahrenen GemeindevertreterInnen, die es ja auch gibt.

Des Weiteren muss bei aller Kritik an dieser Vorgehensweise noch einmal festgehalten werden, dass hier weder die Gesetze noch die demokratischen Spielregeln verletzt wurden. Und wer jetzt vom „Graben“ durch die Gemeinde redet, der muss sich wohl auch vor Augen halten, dass dieser „Graben“ wohl auch entstanden wäre, wenn es zur „Absetzung“ des Bürgermeisters eine eigens dafür geschaffene zweite Liste gegeben hätte. Letztlich gehört dies aber zu einer Demokratie auch auf Gemeindeebene, so oder anders. Das muss eine Gesellschaft schon aushalten und die „Regierung“ einer Gemeinde ist die Gemeindevertretung und nicht der Bürgermeister und diesen Wählerwillen sehe ich vollends berücksichtigt. Ob der direkte Wählerwille zum Bürgermeister alt oder neu tendiert hätte, lässt sich aber mangels Direktwahl nicht sagen, auch nicht durch Vorzugsstimmen am ersten Platz, denn die haben nun mal mit dem Platz und dem Amtsbonus zu tun.

Was aber jetzt zu wünschen ist, ist eben die gute Amtsführung und die gute Arbeit der Gemeindevertretung zum Wohle der Gemeinde Hittisau. Denn ob eine Entscheidung gut oder schlecht ist, zeigt sich immer daran, ob sie getragen und gelebt wird. Es gibt eine rechtmäßig gewählte Gemeindevertretung in Hittisau und diese hat einen Bürgermeister aus ihren Reihen rechtmäßig gewählt. Jetzt sollten sie die Chance erhalten, zu zeigen, ob diese das Vertrauen der Bevölkerung verdienen. In fünf Jahren wird wieder gewählt und dann hoffentlich auch in Hittisau der Bürgermeister in einer Direktwahl, dann hätte man sich auch dieses Mal den sogenannten „Putsch“ erspart. Aber dieser Vorwurf trifft beide „Parteien“ und auch die Aufforderung sich dann einer Direktwahl zu stellen, trifft beide „Parteien“, wenn es denn dann noch zwei solcher gibt. Aber verfassungsrechtlich und demokratiepolitisch macht das durchaus Sinn. Davor stehen aber noch fast fünf Jahre Arbeit in und mit der Gemeinde. Viel Erfolg sei Hittisau gegönnt. Dem alten und dem neuen Bürgermeister alles Gute und viel Erfolg.

Klug zu sein wird immer schwerer

Ein gekürzter Poetry Slam von Yvonne Waldner (18)

Kritik an der auf Perfektion ausgerichteten Gesellschaft:

So viele Worte wurden schon gesprochen,
so vieles wurde schon gesagt.
Selbst dieser Satz wirkt abgelutscht,
weil ihn wahrscheinlich schon jeder dritte Slamer
benutzt.

Nur als Beispiel: Da Vinci, Mozart, Luther oder
Einstein,
kann man da heute noch gescheiter sein?
Denn was gibt es höheres als Kunst oder
Wissenschaft?

Hat man für sowas heute noch Kraft?
Klug zu sein wird immer schwerer,
den Magister hat schon wirklich jeder.
Sich zu bemühen und sein Bestes zu geben reicht
nicht mehr,

es muss schon ein Zeugnis mit lauter 1er her.
Denn ein Gut zeigt Fehler, ein Gut zeigt nicht 100
Prozent,

es zeigt Unwissen und wirkt nur dezent.
Aber nicht nur in der Schule, auch nebenbei muss
man was können.

Am liebsten sonst noch überall perfekt,
die Woche mit Sport, Musik, Beauty und Gesund-
heitsprogrammen gedeckt.

Zeit für Familie und Freunde zeichnet sich aus als
Luxus,
oder für manche etwas, was man nun mal machen
muss.

„Es ist nicht die Zeit, die wir nicht haben, es ist die Zeit,
die wir nicht nützen.“

So manch einer kann sich auf diese Aussage stützen
um seine Woche durchzuplanen, um zu erahnen,
dass aus der geplanten Zeit dann doch nichts wird
und man sich besser zur Ruhe gesellt.

Doch das funktioniert auch nicht und dann wird ge-
klagt,
dass einen mal wieder das schlechte Gewissen plagt.

Und jetzt ein bisschen was zur Psychologie,
denn sonst hört man davon nur in der Schule oder in
der Therapie.

Burn-Out ist keine Krankheit mehr, sondern schon ein
Trend.

Wer es nicht hat, ist zu faul oder verpennt.
Aufnahmeprüfungen heute sind hart mit hohem
Anspruch,

weshalb sich nicht jeder traut sie zu probieren.
An der Uni wollte man sie nicht,
weil ihr Englisch nicht dem Business-Standard ent-
spricht.

Dabei war sie doch gut, ja hatte sogar Talent,
doch hier interessiert das nicht, hier bist du nicht kom-
petent.

So manche Leute werden sagen: wir brauchen
Qualifizierte, und nicht irgendwen

Sehe ich auch ein, aber kann man nicht verstehen
Dass viele denken sie seien nicht gut genug?

Dass man sich selber unterschätzt,
dass man sich Tag und Nacht nur noch hetzt?

Wir wissen, alle wollen uns helfen und uns unterstützen
für eine gute Arbeit und um dieser Welt zu nützen.

Wir versuchen doch, perfekt zu sein,
die Schule ausgezeichnet zu absolvieren,
für viel Geld zu arbeiten oder zu studieren.

Doch wir glauben, wir sind nicht genug,
wir glauben, wir sind nicht klug genug.

Denn klug zu sein wird immer schwerer,
den Magister hat doch wirklich jeder.

Vor der Zukunft fürchten wir uns, das ist ja auch
normal,

haben unsere Eltern auch schon getan, für jeden
kommt die Zeit einmal.

Transformation alter Substanz

Thomas Mennel und Klaus Pfeifer

„Wenn ich gewusst hätte, was da alles noch kommt, hätte ich es abgerissen, das alte Bauernhaus“, ist eine gängige Aussage von AlthausaniererInnen. Dabei spielen dann finanzielle Überlegungen genau so eine Rolle, wie komforttechnische. Oder es wird „übersaniert“, manche sagen dem „totsaniert“. Es werden mehr wertvolle alte Gebäude durch Sanierung zerstört denn durch Abriss, meinte Architekt Walter Hauser bei einer Ausstellungseröffnung zu „Weiterbauen am Land“ sinn- gemäß. Und dabei war Verändern an der Substanz immer schon Teil der Hausgeschichte, die dadurch auch ablesbar wird. Das soll und muss in den meisten Fällen für die Nutzung auch möglich sein. Aber was kann man von der Geschichte in diesem Fall lernen. Zwei Hausforscher, ein Architekt und ein Dendrochronologe geben eine Antwort zu alten Holzbauten.

Sanierung und Transformation sind Dauerbegleiter der Baukultur aller Regionen, im Holzbau gerade deshalb, weil er die Möglichkeiten zur Anknüpfung, zur Aufstockung, zur Einbindung neuer Wände und Decken erleichtert, teilweise sogar provoziert. Gebäude und die darin verborgenen Strategien im Umgang mit der Substanz sind daher nicht isoliert für einzelne Bautypologien oder Regionen zu betrachten, sondern beruhen auf einem gemeinsamen Erfahrungsschatz großer Regionsverbände. Die Anwendung vergleichbarer Holzbautechniken ist von der Übernahme praktischer Erkenntnisse gelenkt wie von Moden.

Jede Änderung muss handfesten Beweggründen folgen

Das Erreichen neuer Funktions- und Komfortstufen für das Wohnen und Wirtschaften (Rauchfreiwerdung der Flurküchen, Verlagerung der Kellererschließung von ursprünglich außen nach innen) sind offenkundig Zielsetzungen unserer Vorfahren. Bereits etablierte Errungenschaften aus anderen Regionen gelangten durch Händler, Wanderhandwerker, Kirchenvertreter von einem Ort zum anderen. Bauformen und Stilelemente werden über Talschaften und Städte hinweg kopiert, tradiert oder zu neuen, regionsspezifisch anmutenden Formen weiterentwickelt. Sie prägen die heute vorhandenen Bauten in ihrem äußeren Erscheinungsbild. Im Kern verborgen sind verschiedenste Bauphasen und gestalterische Eingriffe. Historische Bauwerke sind von der Wiederverwendung von Raumeinheiten und Bauteilen gekennzeichnet und zeigen letztlich die Tendenz zum Erhalt von Teilen des Bestandes. Vermutlich sind wirtschaftliche Überlegungen entscheidend für die Weiterverwendung von Gebäudeteilen und des Interieurs bis hin zum Recycling einzelner Bauhölzer. In der Herangehensweise an die Objekte galt offenbar nichts anderes als heute: Jede Änderung folgt handfesten Beweggründen, nicht nur im materiellen und/oder funktionalen Sinn. Jede Veränderung hat sowohl einen quantitativen als auch einen qualitativen Ursprung.

Sorgfalt und Verständnis für die Substanz

In den auffindbaren Bearbeitungsspuren und Füge-techniken sind Sorgfalt und Verständnis für die Bausubstanz dokumentiert, gleichzeitig aber auch Mut, Radikalität und der Wille zur Veränderung. Gebäude wurden im Ganzen transloziert, demontiert und wieder errichtet, aufgeständert und neu unterbaut, entkernt und mit neuen Balken- und Blockstricklagen versehen. Große Bergeräume im Wirtschaftsteil wurden mit neuen Tragwerken stützenlos überspannt. Nicht zu unterschätzen sind solche Manifestationen des Erneuerungsgeistes einzelner Personen, die wiederum zu Vorbildern für die Bauaktivitäten anderer werden.

Im Alten Vorbilder erkennen

Die damals gängige Praxis des Recyclings und die Erweiterung der vorhandenen Gebäudeorganisation in vertikaler und horizontaler Richtung birgt folglich Vorbilder für eine ähnliche Herangehensweise im Heute. In der Rückschau lassen sich Perspektiven für einen möglichen Weiterbestand und die zukünftige Entwicklung historischer Objekte im logischen Umgang mit der Substanz erkennen. Seit Jahrhunderten zeigt der Holzbau unterschiedliche Möglichkeiten der Addition, Division und Adaptierung. Die Holzaltersbestimmung (Dendrochronologie) an Bestandsobjekten und gefügekundliche Untersuchungen belegen diesen wechselvollen Umgang der Vorfahren mit ihren Objekten und setzen im besten Fall im Besitzer von heute einen Abwägungsprozess in Gang, der zu einer Wertschätzung der Substanz führt. Vordergründig örtlicher Schädlingsbefall oder bautechnische Störungen, die üblicherweise einen Abbruch nahelegen, werden in Anbetracht der vorliegenden Altersstufen zweitrangig. Entscheidend sind die historischen Lösungsmodelle und die verwertbaren Potenziale zur Bewältigung der neuen Anforderungen. Auch eine nicht wissenschaftliche Gefügeanalyse und Auseinandersetzung mit dem Baubestand veranschaulicht historische Möglichkeiten der Deckung täglicher Bedürfnisse. Ähnlich verhält es sich mit konstruktiven und bautechnisch interessanten Details. In vielen Objekten sind Bearbeitungstechniken und Detaillösungen nach konstruktiven Grundsätzen vorhanden, die ob ihrer Einfachheit und Wirksamkeit Beachtung verdienen. All diese Erkenntnisse gilt es zeitgemäß zu übersetzen.

Raffinesse und Respekt sind gefordert

Für heute empfiehlt sich eine offene, unvoreingenommene Raumanalyse gepaart mit einem detaillierten Aufmaß der Proportionen und konstruktiven Details. Wand- und Deckenversprünge, Konstruktionslagen, Wasserhaltung und -spuren zeugen von Bauphasen, die in ihrer Logik weitergedacht werden können. Respekt den angetroffenen Raumfolgen sowie den Grundriss- und Schnittgeometrien gegenüber führt zu statisch weiterhin intakten und bautechnisch interessanten Lösungen. Den bauphysikalischen Schwierigkeiten muss mit Raffinesse begegnet werden. Die Raumhöhe kann in Teilbereichen des Sitzens und Schlafens durchaus niedriger sein. Die mehrgeschossigen historischen Herdräume und Flurküchen bringen eine dreidimensionale Ausweitung des Raumes mit sich und werden zu neuen Vorbildern komplexer Raumabfolgen und offener Räume mit großzügiger Lichtführung. Der Wechsel der Raumgrößen in der Abfolge bestehender Kammern ist nicht notwendigerweise ein Defizit, sondern wird durchaus zur Qualität zwischen Offenheit und Rückzug. Stellt man die bauphysikalischen Einschränkungen (z. B. reduzierte Schalldämmung) den gewonnenen Qualitäten gegenüber, führt dies zu einem Plus an positiven Argumenten für den Erhalt. Für die Verortung neuer Funktionen und die Herangehensweise im Detail finden meist ungewöhnliche und zugespitzte Lösungen, Materialien und Formen auf beeindruckende Weise zusammen. Damit liegt in der Transformation der Substanz eine Vielzahl an Chancen – für das Objekt und seine Bewohner, für das Handwerk sowie für den Erhalt und die Einbettung der Objekte in die Kulturlandschaft. Abseits der gebundenen Grauenergie ist der Wert historischer Objekte der anonymen Architektur in Stadt und Land ein hoher, die Bearbeitung und Transformation daher lohnenswert.

zuschnitt57

EU-„Leader“ ein Programm für die Region.

„Die Leader Beispiele sollen Ihnen zur Inspiration für neue Ideen dienen, da unser Land – besonders unser ländlicher Raum – Menschen braucht, die mit Weitblick, Phantasie und Augenmaß für das Machbare die Zukunft gestalten“, schreibt LH Markus Wallner im Begleitbrief zur Broschüre der „Leader Projekte 2007-2014“.

Jetzt finden sich in dieser Broschüre Beispiele wie der „Geißerweg Bizau“, der „stark zum Qualitätstourismus in der Region und zur Profilierung der Marke Bregenzwald“ beigetragen habe, genau so wie „Handel Bregenzwald“, bekannt durch die farbigen Fahrräder mit dem Schild „ich kauf im Wald“ oder „ehrlich! bregenzwald“ von *witus*, die aber gleich noch mit ihrem eigenen Projekt gefördert wurden. „Kochkunst Karin“, „Spektrum Bregenzwald“, „Alte Bausubstanz Bregenzwald“, „Bahnhof Andelsbuch“, „Pfarrhof Sulzberg“, „Freiraum Ache Bregenzwald“ oder „Bewegung“, ein „Erfahrungsaustausch und Pilotaktionen zur Steigerung der Lebensqualität und des touristischen Angebotes durch Wander- und Laufsportarten“ gehören zu den EU-geförderten Projekten. Auch die „Geschäftsstelle Holz“ und die „Koop-Holz Forschung“, beide *Vorarlberger Holzbau Kunst*, finden sich da. Letzteres Projekt „zur inhaltlichen Stärkung der bisherigen Arbeit der Geschäftsstelle Holz und Ermöglichung neuer Produktchancen“. „Werkraum-Haus“ sowieso. Auffallend ist, dass gar nicht so wenige Projekte von der Regionalentwicklung Vorarlberg, mit Sitz in Alberschwende, selbst durchgeführt wurden. Aber Zahlen findet man in der Broschüre ohnedies nicht. Und auf der Homepage von *leader-vlbj.at* findet man die Zahlen in den Jahresberichten und muss sie dann zusammenrechnen. Aber im Vergleich fällt auf, dass es auf der Homepage Projekte gibt, die sich in der Broschüre nicht finden: z. B. „Aktivfreizeit-Brüggele“. Aber was man findet, ist, dass schon eine Sitzung zur Vergabe von Fördergeldern an Projekte stattgefunden hat und noch drei weitere folgen. Eingeladen sind immer der Vorstand und die Beiräte. Die Öffentlichkeit? Sollten nicht Projekte gesammelt werden, vorgestellt werden, auf die Akzeptanz abgetestet werden, priorisiert werden und dann genehmigt werden, bevor EU-Gelder verteilt werden?

Generationengerechtigkeit/Altersversorgung

Christian Diedo Troy

Sinngemäß meinte kürzlich ein hochrangiger Landespolitiker, dass jemand, der sein Leben lang gearbeitet hat, das Recht auf einen Lebensabend in einer schönen Umgebung hat. Damit meinte er wohl, dass dies angesichts des Geleisteten nur gerecht sei. Offen ist, welcher Begriff der Gerechtigkeit gemeint war. Für die Philosophen ist sie eine ethische Kategorie, für Ökonomen eine der effizienten Realisierung von Wünschen, für die Juristen die Gleichbehandlung von Menschen, für Sozialpsychologen eine Frage individueller Entscheidungen und für die Soziologen eine Mischung aus all dem vorher erwähnten. Oder sprach der Politiker damit auch das Problem der Gleichheit an? Sind alle gleich zu behandeln? Letzteres wird er eher nicht gemeint haben. Nachfolgend einige Anmerkungen zu Aspekten der Generationengerechtigkeit in Bezug auf Altersversorgung. Bis zum Auf- und Ausbau gesetzlicher Versorgungssysteme blieb die Generationensolidarität fast ausschließlich auf die Familie beschränkt. Wer über Ersparnisse oder Vermögen verfügte, konnte einen kleinen Beitrag zum Haushaltseinkommen beisteuern. In Ermangelung einer adäquaten Versorgung brachte die Pflege und Versorgung alt gewordener Angehöriger viele Familienmitglieder an den Rand der Überforderung. Wer sich nicht auf das familiäre Netz verlassen konnte, war auf die Fürsorge der meist vom Gedanken der christlichen Nächstenliebe geprägten Einrichtungen angewiesen. Für die Versorgung der Armen in der Gemeinde, die sogenannten Hausarmen, wurden eigene Stiftungen eingerichtet. In Egg vergab die von Maria Metzler gestiftete „Metzler Hausarmenstiftung“ aus ihrem Grundkapital Kredite. Aus deren Zinsen wurden Zahlungen an die Armen geleistet. Ebenfalls für die Armenunterstützung verwendete man die Schwarzenberger Leprosenstiftung, von der ein Teil nach Egg floss. Unzweifelhaft war der damaligen Generationensolidarität ein progressivistisches Verständnis inhärent: die Mehrung des Guten und Gerechten durch moralisches Engagement. Dieses jedoch ist oft auf eine rhetorische Existenz beschränkt und kaum belegbar.

Bei den Gebrüdern Grimm findet sich folgende Parabel zur Generationengerechtigkeit: Ein steinalter Mann wird von seinem Sohn und dessen Frau zum Essen hinter den Ofen in der Ecke verbannt. Für das Essen kauften sie ihm für wenige Heller ein hölzernes Schüsselchen. Wie sie beim Essen sitzen, trägt der Enkel auf der Erde kleine Brettlein zusammen. Auf die Frage des Vaters, was er da mache, antwortet das Kind: „Ich mache ein Tröglein. Daraus sollen Vater und Mutter essen, wenn ich groß bin.“ Da sahen sich Mann und Frau eine Weile an, fingen endlich an zu weinen, holten den alten Großvater an den Tisch und ließen ihn immer mitessen. Generationengerechtigkeit oder -solidarität kann also auch darin bestehen, etwas nicht (mehr) zu tun. „Wer sich aufs Erben und den Mond verlässt, der ist verlassen.“ So zumindest ein Bregenzwälder Sprichwort. Dass nicht ganz so viele verlassen sind, dafür soll der Sozialstaat mit seinem Risikoausgleich und dem Solidaritätsgedanken von gleichen Leistungen für alle, in einigen Fällen vom Äquivalenzprinzip („Jeder nach seinem Beitrag“) durchbrochen, sorgen. Der heute

verwendete Begriff der Generationengerechtigkeit entstammt ursprünglich der ökologieethisch geprägten Diskussion, die Erde als Lebensraum für die nachfolgenden Generationen zu schützen. Das Interesse am Zerbröckeln des Generationenvertrags und an den Gerechtigkeitsproblemen des Sozialstaates entwickelt sich erst später – jedoch sind die ökologische und die ökonomische Diskussion untrennbar miteinander verbunden. Sind doch z. B. die demographischen Veränderungen eine Folge der fortschreitenden Wissenschaft und Technik, resultieren aus dem Fortschritt und vor allem aus der immer besser werdenden medizinischen Versorgung. Wo die alten Bindungen nicht mehr für Gerechtigkeit sorgen konnten, da sollte der Staat einspringen. Die Suche nach Gerechtigkeit im modernen Sozialstaat wirft mehr Fragen auf, als sie Antworten liefern kann. In einer extremen Auslegung des Leistungsprinzips sind einzig und allein die Leistungen entscheidend. Bei einer gerechten Behandlung, jeder nach seinen Verdiensten, kann also Ungleichheit erwünscht sein. Dem gegenüber steht die Bedürfnis- oder Bedarfsgerechtigkeit, die einem Gleichheitsgedanken entspricht und von individuellen Bedürfnissen ausgeht. Aber auch dieses Konzept stößt an seine Grenzen, wenn der Bedarf die Mittel übersteigt. In welchem Verhältnis steht das individuelle Bedürfnis zum „objektiven“ Bedarf? Gabe es keine knappen Güter, wäre das Gerechtigkeitsproblem ein triviales. Aus Sicht der Generationengerechtigkeit geht die Steigerung der Freiheit der Einzelnen mit einem immer größer werdenden Spannungsfeld zwischen individuellen und kollektiven Vorstellungen einher. Das Musterbeispiel dafür sind Kinder. War es früher ökonomisch unumgänglich, Kinder in die Welt zu setzen, sie arbeiteten mit und waren die Versorgungsquelle der Alten, ist die Lage heute diffiziler. Aus der Perspektive eines jungen Paares kann es ökonomisch sinnvoll sein, kinderlos zu bleiben. Aus Sicht der an dem Fortbestand der sozialen Sicherungssysteme Interessierten nicht, da damit die zukünftigen Beitragszahler wegfallen.

Gemäß neueren Studien scheinen vor allem in ländlichen Bereichen die konflikthafteren Tendenzen zwischen den Generationen anzusteigen. Vor allem in öffentlichen Diskussionen wird demographische Alterung oft mit gesellschaftlicher Überalterung in Beziehung gesetzt. Damit geht die These einher, dass mit zunehmendem Alter werden konservative Tendenzen gestärkt und soziale, politische oder wirtschaftliche Neuerungen verzögert würden. Dies ist ein biologistischer Fehlschluss, der den Einfluss der Alterung überschätzt. Selbiges gilt für die Frage der Beziehung zwischen dem Alter und den zunehmenden Gesundheitsausgaben. Da der Anstieg der Gesundheitskosten aus demographischen Gründen als unvermeidlich angesehen wird, werden andere Ursachen steigender Gesundheitsaufwendungen wie Marktversagen, falsche Anreize für Anbieter und Anwender oder die Kosten technischer Fortschritte in den Hintergrund gedrängt. Ist es gerecht, eine undifferenzierte Kausalverbindung zwischen Betagten und finanziellen Zukunftsfragen herzustellen? Gerechtigkeit muss sich nicht nur im vermeintlich objektiv Feststellbaren zeigen.

Die Regio hat einen neuen Geschäftsführer

Kurt Bereuter

Dr. Lukas Schrott, 33 Jahre jung, ist der neue Geschäftsführer der Regio und seit Mitte April des Jahres im Amt. Lukas Schrott ist ein Alberschwender, der dort die Volks- und Hauptschule besuchte und anschließend in Bregenz an der HAK maturierte, ehe er in Innsbruck Psychologie und Volkswirtschaft studierte. Er dissertierte im Fach Volkswirtschaft zum Thema der Wohlstandsökonomie im Rahmen von Regionalentwicklung. Sein Studium unterbrach er um ein Jahr als Blauhelm auf den Golanhöhen in Syrien Peace-Keeping zu leisten. Anschließend war er zwei Jahre beim Zukunftszentrum Tirol und dann drei Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FH Kufstein. Wir haben das Gespräch mit ihm gesucht und gefunden.

Gereizt habe Lukas Schrott an dieser Stelle, dass sie für ihn die Möglichkeit bieten, weg von der Strategie hin zur Umsetzung zu gelangen. Sie sei sehr vielseitig, vom Landbus über das Bregenzwald-Archiv bis zur Liegenschaftsverwaltung reiche das Repertoire. Aber auch das Projekt „Alte Bausubstanz“ mit seiner Fassadenförderung erwähnt er. Aber letztlich sei es auch eine glückliche Fügung gewesen, dass er in der Region eine herausfordernde Stelle gefunden habe, in der er seit letztem Sommer wohnt und in der seine Kinder aufwachsen werden. Genau hier könne er nun „anpacken“ und auf eine gute Struktur und eine Tradition von mehr als 40 Jahren der Regio aufbauen. Er könne jetzt eine Region mitentwickeln, in der seine Kinder aufwachsen.

Auf die Frage, wohin sich denn der Bregenzwald entwickeln soll, bleibt er allerdings vage oder diplomatisch. Das wisse er noch nicht, ob es eine Vision oder eine Strategie gebe. Vielleicht könne er sie noch nicht und es gebe sie doch. Also müsste eine

erarbeitet werden und zugleich muss schon eine umgesetzt werden. Also eine Vision und eine Strategie bleiben vorläufig offen, ein Mangel, der aber nicht nur die Geschäftsführung zu verantworten hat, aber sagen hätte man es ihm sollen, wenn es denn so etwas gibt. Eine persönliche Vision hat er aber schon: „Schön wäre, wenn man im Wald auch in Zukunft noch stolz ist, ein Wälder, eine Wälderin, zu sein und wenn man in einer Region mit hohem Wohlstand leben, arbeiten und einkaufen kann“. Für ihn persönlich stelle auch die Postwachstumsgesellschaft ein Steckenpferd dar und er habe auch in Tirol viel zum Thema Energiewende in Städten und Gemeinden beraten. Für die Verkehrsentwicklung heiße das dann den ÖPNV stärken, Strukturen zu erhalten und zu fördern.

Auf eine Diskussion über die Struktur der Regio lässt er sich noch nicht ein, das sei noch zu früh. Aber er will parteifrei und unabhängig zwischen Politik und der Bevölkerung Bindeglied sein und Offenheit signalisieren. Aber natürlich hält er sich an seinen Geschäftsführervertrag.

Als Bürger könne er natürlich Fehlentwicklungen feststellen und versuchen, an deren Verbesserung mit zu arbeiten. Die Kinderbetreuung fällt ihm dazu ein und beim Thema „Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen“ ist er klar dafür. Aber er will seine Offenheit bewahren und dazu gehöre sicher auch, dass das Kirchturmdenken überwunden werde.

Lukas Schrott macht einen sehr sympathischen und höflichen Eindruck, der gut zu seinem diplomatischen Wesen zu passen scheint. Wie er mit Konflikten umgeht, werden wir erfahren, denn ohne die gibt es keine Entwicklung. Wir wünschen ihm alles Gute in seiner Heimat.